

Zürichsee-Zeitung

Bezirk Meilen

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



Besser sehen
und besser hören
unter einem Dach



Dorfstrasse 116 • 8706 Meilen • Telefon 044 923 20 00

Ihr Kontaktlinsen-Spezialist in Meilen

Kung-Fu-Kämpferin

Regula Schembri bietet in Küsnacht Seminare für Kampfmuffel an.

SEITE 2

Auf Pump leben

Das Forum Vogtei diskutierte über Schulden – private und von Staaten.

SEITE 5

Pini-Nachfolger

Hans Flatscher ist neuer Cheftrainer des Frauen-Teams von Swiss-Ski.

SEITE 29

Politiker sträuben sich gegen stärkere RPK

REFORMEN. In der Revision des Gemeindegesetzes ist eine stärkere Rolle der Rechnungsprüfungskommission vorgesehen. Politiker am See finden dies unnötig.

MICHEL WENZLER

Die meiste Zeit des Jahres arbeiten die Rechnungsprüfer im Hintergrund, doch an den Gemeindeversammlungen haben sie oft einen gewichtigen, wenn nicht gar entscheidenden Auftritt. In Männedorf kam dies jüngst zur Geltung: Dort wiesen die Stimmbürger die Erhöhung des Kredits für das Mehrzweckgebäude der Schule Blatten knapp zurück, nachdem sich neben SVP und FDP auch die Rechnungsprüfungskommission (RPK) dagegen gestellt hatte. In Zollikon,

wo der Steuerfuss nicht wie vom Gemeinderat erhofft auf 85 Prozent erhöht wurde, spielte die RPK ebenfalls eine Rolle. Zwar sagte sie zähneknirschend Ja zum Antrag des Gemeinderats. Im Dezember hatte sie aber das Budget samt Steuerfuss noch zurückgewiesen.

Sachliche Prüfung

Nach dem neuen kantonalen Gemeindegesetz, das kürzlich in die Vernehmlassung ging, soll der Einfluss der Rechnungsprüfer gar noch ausgebaut werden: Künftig soll die Kommission

nicht nur finanziell relevante Aspekte eines Geschäfts prüfen, sondern auch die sachliche Angemessenheit. Noch weiter geht der Ökonomie-Professor Reiner Eichenberger aus Feldmeilen. Im Interview mit der «ZSZ» schlägt er vor, das Kontrollorgan solle eigene Abänderungsanträge stellen dürfen.

Solche Vorschläge stossen bei Politikern im Bezirk Meilen auf Skepsis. Von einem «falschen staatspolitischen Akt» spricht der Zolliker Gemeinderat Jürgen Schütt, der zusammen mit Thomas Bänninger und Dominique Bühler (alle Forum 5W) nach dem Steuerfuss-Entscheid seiner Gemeinde aus Protest den Rücktritt eingereicht hat. Die Erweiterung der Kompetenzen der Zol-

liker RPK fände er verheerend. «Sie gebärdet sich schon jetzt wie eine Geschäftsprüfungskommission», kritisiert er. Wenn die RPK zu viel mitrede, schwäche dies den Gemeinderat. «Am Schluss hat man eine zweite Exekutive.»

Auch in Gemeinden, in denen die Fronten zwischen den beiden Behörden nicht verhärtet sind, stösst der Vorschlag auf Ablehnung. Der Uetiker Gemeindepräsident Urs Mettler (parteilos), der früher selber in der RPK sass, findet die Erweiterung der Kompetenzen nicht notwendig. Den Rechnungsprüfern würde dann zu viel abverlangt werden, sagt er. Im ohnehin schon stark strapazierten Milizsystem sei dies problematisch. Die RPK habe jeweils maximal einen Monat Zeit,

um eine Vorlage zu beurteilen. «Es ginge zu weit, wenn sie nun auch noch das Geschäft als solches bis ins letzte Detail prüfen müsste.»

Auch inhaltlich setzt Mettler ein Fragezeichen. «Die RPK hat nicht zu beurteilen, ob eine Gemeinde eine Schulbibliothek braucht», sagt er. Anders sehe es aus, wenn es um einen Kredit für den Umbau der Bibliothek gehe.

Unklarer Aufgabenbereich

Finanzielle Fragen und sachliche Aspekte sind jedoch häufig nicht leicht auseinanderzuhalten. «Es ist eine Grauzone», sagt Mettler. «Oft lässt sich nicht genau definieren, was noch in den Aufgabenbereich der Kommission fällt.» Dies könne es sowohl für

die RPK als auch für den Gemeinderat schwierig machen. In der Regel gebe es zwischen den Behörden aber keine Probleme.

Dies sieht auch Rudolf Kübler (FDP), Präsident der Männedorfer RPK, so. «Man arbeitet gut zusammen, auch wenn man nicht immer gleicher Meinung ist.» Dass die RPK grossen Einfluss haben kann, streitet er nicht ab. «Das ist aber auch eine ihrer Aufgaben.» Den Einflussbereich erweitern würde jedoch auch Kübler nicht. «Das Feld, das wir beackern, reicht aus.» Anders beurteilen Kübler, Mettler und Schütt die Situation für Gemeinden, die ein Parlament und keine Gemeindeversammlung haben. Dort mache eine Geschäftsprüfungskommission Sinn. **Seite 3**

«Rechnungsprüfer sollten sich als Schattenregierung sehen»

MEILEN. Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger widerspricht Politikwissenschaftlern, welche die Gemeindeversammlung Meilen untersucht haben. Solche Versammlungen seien nach wie vor wichtig. Bedingung sei aber eine starke Rechnungsprüfungskommission.

INTERVIEW: DANIEL FRITZSCHE

Vor zwei Wochen haben angehende Politikwissenschaftler der Universität Zürich die Gemeindeversammlung von Meilen analysiert. Sie kamen zum Schluss, dass diese Ur-Form der direkten Demokratie «rational betrachtet» keinen Sinn mehr mache. Zu niedrig sei die Stimmbeteiligung, zu gross seien die Defizite («Dr. Bendix erklärt die Demokratie», «ZSZ» vom 21. März).

In der Folge meldete sich Reiner Eichenberger bei der Redaktion der «Zürichsee-Zeitung». Der Ökonomieprofessor der Universität Freiburg zeigte sich erschrocken über die «falschen» Erkenntnisse des Politikwissenschaftlers Dr. John Bendix und seiner Studenten. Eichenberger, der in Radio und Fernsehen immer wieder als «Herold der freien Marktwirtschaft» auftritt und in Feldmeilen wohnt, hat eine dezidiert andere Haltung zur Existenzberechtigung von Gemeindeversammlungen.

Herr Eichenberger, was stört Sie an den Aussagen von Dr. John Bendix und seinen Studenten?

Sie stellen die Besucher von Gemeindeversammlungen als überforderte Masse dar, die von Eigeninteresse getrieben ist. Dadurch entstünden schlechte, undemokratische Entscheide. Dem widerspreche ich vehement. Die Gemeindeversammlung hat nicht ausgedient, wie das impliziert wird.

Was sind Ihre Argumente?

Wir müssen uns die Alternativen anschauen. Auch bei Urnenentscheiden stimmen die Bürger aus Eigeninteresse ab. Wahrscheinlich noch mehr als an Gemeindeversammlungen. Ganz schlecht sieht es bei repräsentativen Systemen aus, also zum Beispiel bei Gemeindeparlamenten. Dort müssen wir Personen wählen, von denen wir nicht wissen, ob sie ihre Wahlversprechen wie etwa tiefe Steuern oder häuslicher Umgang mit den Finanzen einhalten werden oder nicht. Im Vergleich zu allen Alternativen schneidet die Gemeindeversammlung besser ab.

«Gemeinden mit einer starken RPK haben eine 15 bis 20 Prozent tiefere Steuerlast.»



Ökonom Reiner Eichenberger spricht sich für den Erhalt der Gemeindeversammlung aus, es brauche aber eine starke RPK. Bild: Archiv

Sie sprechen von guter und schlechter Politik. Was verstehen Sie darunter?

Dass der Staat das tut, was die Bürger wollen. Viele Leute wollen, dass der Staat sorgsam mit seinen Finanzen umgeht und gute Leistungen zu tiefen Steuern und wenig Schulden bietet. Das heisst aber nicht, dass der Staat möglichst klein sein muss. Je zufriedener die Bürger mit dem Staat sind, desto mehr Leistungen wollen sie von ihm und desto eher sind sie gegen Privatisierung.

Und mit direktdemokratischen Mitteln wie der Gemeindeversammlung ist gewährleistet, dass «gute Politik» in Ihrem Sinne betrieben wird?

Die Gemeindeversammlung allein reicht nicht aus. Ein entscheidender Faktor, den auch Politikwissenschaftler Bendix in seiner Analyse vernachlässigt hat, ist die Funktion der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Bendix argumentiert, gewählte Politiker könnten die Stimmbürger an Gemeindeversammlungen mit einer schönen Rede um den Finger wickeln. Eine starke RPK als gewähltes Kontrollgremium gegenüber dem Gemeinderat kann ebendies verhindern.

Bereits heute haben RPKs doch grosse Kompetenzen. Sie können sich zu allen finanzrelevanten Geschäften äussern und Empfehlungen abgeben.

Ja, das trifft zumindest auf den Kanton Zürich zu. Aber was bedeutet «finanzrelevant»? Das ist ein schwammiger Begriff. Das Gemeindegesetz müsste hier angepasst werden. Denn meiner Mei-

nung nach haben alle Geschäfte einer Gemeindeversammlung letztlich finanzielle Auswirkungen – auch eine Zonenplanänderung, die spätere Investitionen nach sich ziehen könnte. Darum braucht die RPK mehr Kompetenzen.

Zum Beispiel?

Sie sollte wirklich zu jedem Traktandum Stellung beziehen und gegebenenfalls auch eigene Abänderungsanträge stellen können. Das hätte nachweislich positive Effekte auf die Gemeindefinanzen.

Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Dazu haben mein früherer Mitarbeiter Professor Mark Schelker und ich die Daten aller Kantone und von 800 Gemeinden ausgewertet. Wir wollten herausfinden, welchen Einfluss RPKs haben können. Das Resultat hat auch uns verblüfft: Kommunen mit Gemeindeversammlungen und starker RPK haben eine 15 bis 20 Prozent tiefere Steuer- und Ausgabenlast als solche mit einer schwachen RPK oder einem Parlament. Bei der Untersuchung haben wir möglichst viele Einflussfaktoren berücksichtigt wie etwa das Volkseinkommen, die Bevölkerungsgrösse, die Arbeitslosen-, Kinder- und Rentnerquoten und vieles mehr.

Was zeichnet eine starke RPK aus?

Sie nimmt vor Geschäften kritisch-konstruktiv Stellung und nickt nicht nur einmal im Jahr die Rechnung ab. Ich erinnere an die Walliser Gemeinde Leukerbad, die Ende der 1990er-Jahre vor dem finanziellen Ruin stand. Da durfte die

RPK jeweils nur am Jahresende die Gesamtrechnung kommentieren. Dann schaut sie halt auch nicht so genau hin. Die Rechnungsprüfer sollten sich nicht als Vereinsrevisoren sehen, sondern als eigentliche Schattenregierung.

Der Aufwand für die RPK-Mitglieder würde dadurch steigen. Ist das noch zumutbar?

In der Regel stellen sich Finanzfachleute für ein RPK-Amt zur Verfügung. Meist stammen diese aus der politischen Mitte. Solch vernünftiges, ökonomisches Know-how ist für eine Gemeinde unverzichtbar. Von der zeitlichen Belastung her wäre das Milizamt weiterhin zumutbar – auch für vielbeschäftigte Manager.

In anderen Gebieten setzen Sie sich immer für möglichst hohe Effizienz ein. Ist die direkte Demokratie mit ihren Gemeindeversammlungen nicht viel zu teuer im Vergleich zu anderen Formen?

Die Kosten, zum Beispiel für das häufigere Versenden von Abstimmungsunterlagen, sind lächerlich klein im Vergleich zu ihrem Nutzen. Denn alle alternativen Formen – Urnenentscheide und Parlamente – produzieren schlechtere Lösungen, welche die Gemeindefinanzen langfristig viel stärker belasten. An den Kosten kann man die Gemeindeversammlung nun wirklich nicht aufhängen. Vergessen darf man auch nicht die emotionale Komponente von solchen Bürgerversammlungen. Da gebe ich John Bendix Recht. An Gemeindeversammlungen kann man auch einfach einen unterhaltsamen und interessanten Abend erleben.

FDP ist für den Wärmeverbund

UETIKON. Die FDP macht sich für den Wärmeverbund stark. Eine andere Vorlage zur Gemeindeversammlung vom 16. April – probeweiser Busbetrieb – wird von der FDP abgelehnt.

Die Anträge zur Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung wurden an der von Präsidentin Ruth Rump geleiteten Generalversammlung laut Mitteilung der FDP nach kurzer Diskussion und mit klaren Mehrheiten akzeptiert. Bei der Umzonung im Wäckerling-Areal gehe es um die planerischen Konsequenzen von Entscheiden der Gemeindeversammlung.

Die Umzonung des ehemaligen Konsumhofareals schaffe die Voraussetzungen für den Bau des neuen Gemeindehauses, das in Planung ist. Selbst wenn der dieses Jahr anstehende Kreditantrag für den Bau abgelehnt würde, sei es sinnvoll, die Parzelle von der Kernzone in die Zone für öffentliche Bauten umzuzonen. Die Beteiligung der Gemeinde am Wärmeverbund Uetikon, die ebenfalls für die ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 16. April traktandiert ist, wurde mehrheitlich als sinnvolle ökologische Massnahme erachtet. Die Form des verzinsten Darlehens stelle nicht nur eine gute Kapitalanlage dar, sondern sei auch eine zweckmässige Starthilfe für ein Projekt, von dem die Gemeinde mit zahlreichen öffentlichen Bauten profitieren könne. Deshalb habe eine klare Mehrheit für die Unterstützung des Antrags des Gemeinderates votiert.

Die probeweise Einführung des Sonntags-Betriebs der Ortsbuslinie 931/932 wurde kürzlich von der Gemeindeversammlung verworfen. «Diesen demokratischen Entscheid nun schon wieder in Frage zu stellen, fand eine deutliche Mehrheit als nicht angebracht», teilt die FDP mit. Sie unterstütze deshalb den Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung der Initiative. (zsz)

70-Jährige verletzt sich bei Kollision

MÄNNEDORF. Bei einer Kollision ist gestern eine Beifahrerin mittelschwer verletzt worden. Ein 73-jähriger Autofahrer befuhr um 14 Uhr die Bergstrasse von Männedorf Richtung Oetwil am See. Plötzlich geriet das Fahrzeug über die Mittellinie und kollidierte mit dem Auto eines 65-Jährigen. Dabei erlitt die 70-jährige Beifahrerin des Unfallverursachers mittelschwere Verletzungen. Nebst der Kantonspolizei Zürich standen die Feuerwehren Männedorf und Oetwil am See im Einsatz. Die Bergstrasse wurde kurzzeitig gesperrt. Wer Angaben zum Unfallhergang oder zur Fahrweise des 73-Jährigen mit seinem roten Lincoln Continental Cabrio machen kann, wird gebeten, sich mit der Kantonspolizei Zürich, Telefon 044 938 3010, in Verbindung zu setzen. (zsz)